

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt
Wirtz, Stefan**

18-06817
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Fälle von schwerer Gewalt an Braunschweiger Schulen?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

25.01.2018

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

06.02.2018

Status

Ö

Wie viele (gemeldete) Fälle schwerer körperlicher Gewalt gegen Lehrer gab es in Braunschweig im Jahre 2017?

Welche Hilfe wird den Pädagogen zuteil oder werden diese allein gelassen?

Wie viele Sozialarbeiter und Schulpsychologen sind an Braunschweiger Schulen in Gänze tätig und bedarf es ggfs. einer Schul-Security?

Sachverhalt:

Aktuell war der Vorfall in Lünen ein Extremfall innerschulischer Gewalt, aber leider kein Einzelfall.

Konkrete Zahlen liegen aus der österreichischen Hauptstadt vor: allein im Vorjahr seien bereits 1600 Strafanzeigen wegen Gewalt an Wiens Schulen erstattet worden, wissen die Personalvertreter: "Zu dieser Zahl kamen wir nur über inoffizielle Wege. Offiziell wird weiter über dieses Thema geschwiegen." Dafür gebe es mehrere Gründe: Erstens befürchten Schuldirektoren, dass durch Bekanntwerden der Vorfälle der Ruf der Schule leidet, und zweitens habe auch die Politik nicht allzu großes Interesse an einer Ursachenforschung und am Bekanntwerden der Herkunft der jungen Tatverdächtigen.

Die starke Zunahme von Gewalt an Wiens Pflichtschulen dürfe aber nicht mehr länger verdrängt werden, warnen die Pädagoginnen und zitieren dazu aus ihrer Dokumentation der heftigsten Vorfälle. (Quelle: krone.at am 17.01.2018)

Stadtschulratspräsident: "Dürfen nicht wegsehen!"

Die Schülerzahlen an Wiens Schulen nehmen stark zu, die Lehrer und Lehrerinnen sind immer häufiger Opfer von gewalttätigen Jugendlichen. "Ja, dieses Thema gibt's. Und: Wegschauen bringt da nix", will Wiens Stadtschulratspräsident Heinrich Himmer den Pädagogen konkrete Hilfe anbieten.

Himmer im "Krone"-Gespräch: "Wir haben in Wien 35 Schulpsychologen und bis zu 70 Sozialarbeiter, dazu noch multiprofessionelle Teams, die von Schulen angefordert werden können. Wir wollen die Lehrer nicht alleine lassen. Ganz klar: Unsere Lehrer haben auch Rechte."

Wien hat eine Einwohnerzahl von rund 1,8 Millionen Menschen.

Umgerechnet auf Braunschweig bedeutet dies, dass hier rund 220 Lehrer im Jahre 2017 betroffen sein könnten.

Anlagen: